

1. Solidarität mit verfolgten und bedrängten Christen

„Die Verfolgung von Christen ist nach wie vor eine der größten menschenrechtlichen Krisen unserer Zeit, von der weltweit über 380 Millionen Gläubige betroffen sind, die aufgrund ihres Glaubens in erheblichem oder extremem Maße Diskriminierung, Gewalt und Unterdrückung ausgesetzt sind.“ Mit diesen eindringlichen Worten hat Papst Leo XIV. zum Jahresbeginn auf ein großes Unrecht und millionenfaches Leid aufmerksam gemacht, das bei uns oft wenig bekannt ist. Eingehende Analysen zeigen, dass das Ausmaß der Verfolgung und Diskriminierung von Christinnen und Christen in vielen Ländern zugenommen hat und dass es dafür unterschiedliche Erscheinungsformen und Ursachen gibt.

In Österreich hat das Recht auf Religionsfreiheit einen hohen Stellenwert. Das sollte alle Verantwortlichen in Staat, Kirchen, Religionen und Gesellschaft darin bestärken, sich für Religionsfreiheit weltweit einzusetzen. Das Unrecht zu benennen, ist der erste Schritt, um es zu überwinden. Uns Christen hierzulande ist aufgegeben, den anderswo „um Jesu willen“ (vgl. Mt 5,11) bedrängten Glaubensgeschwistern und allen zu Unrecht Verfolgten solidarisch beizustehen. Gefordert sind unser Gebet und konkrete Unterstützung, etwa durch Hilfswerke und Projekte für verfolgte Christen. Eine regelmäßige Fürbitte für verfolgte Christen im Gottesdienst oder die Beteiligung an öffentlichen Aktionen wie dem „Red Wednesday“ sind konkrete Maßnahmen, um das Gewissen für das Schicksal von verfolgten Christen zu schärfen.

Wir Bischöfe begrüßen sehr, dass die Politik in Österreich die Gefährdung der Religionsfreiheit erkannt und vor zwei Jahren im Bundeskanzleramt die „Stabstelle Internationaler Schutz verfolgter religiöser Minderheiten“ eingerichtet hat. Erst im Februar hat diese Stelle einen Monitoringbericht zur weltweiten Christenverfolgung veröffentlicht. Auf Ebene der Europäischen Union gibt es seit 2016 einen Sonderbeauftragten für die Förderung von Religions- und Weltanschauungsfreiheit außerhalb der EU. Diese Position ist jedoch schon seit Ende 2024 vakant und muss endlich nachbesetzt werden. Regelmäßig befasst sich auch die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) mit dem Status der Religionsfreiheit in den Mitgliedsstaaten.

Dass Verletzungen der Religionsfreiheit im Zusammenhang mit Hasskriminalität auch in Österreich eine traurige Realität sind, belegt der regelmäßig vom Bundesministerium für Inneres veröffentlichte Lagebericht zu „Hate Crime“. Damit sind Straftaten gemeint, die mit einem negativen Vorurteilmotiv verbunden sind. Zu den insgesamt neun geschützten Identitätsmerkmalen zählen neben Geschlecht, Behinderung, Herkunft oder Weltanschauung auch die Religion. Wie die seit 2020 stattfindenden polizeilichen Erhebungen zeigen, hat religiös motivierte Hasskriminalität etwa im Zusammenhang mit Verhetzung, Körperverletzung oder Sachbeschädigungen zugenommen. Die meisten Fälle betreffen den Antisemitismus, gefolgt von antimuslimischen und antichristlichen Delikten. Wer davon betroffen ist, sollte solche Straftaten unbedingt bei der Polizei anzeigen, weil sich Hasskriminalität immer auch gegen eine ganze Gruppe richtet.

Damit aus Vorurteilen nicht Hass, Gewalt und Verfolgung entstehen, braucht es neben rechtlichen und politischen Maßnahmen auch das Engagement der Gläubigen sowie der Kirchen und Religionsgemeinschaften. Gerade in Österreich hat sich unter den Kirchen und Religionen eine Kultur des Respekts und des Miteinanders entwickelt, die weiter gepflegt werden muss. Ausdrücklich haben erste jüngst in Wien die Verantwortlichen der Kirchen und Religionen jeglichen Missbrauch von Religion zur Anstiftung oder Rechtfertigung von Terror und Gewalt verurteilt und ihren Einsatz für das friedliche Zusammenleben bekräftigt. Dafür müssen wir uns in ganz Österreich und weltweit einsetzen.

2. Stopp dem Krieg - Frieden und Gerechtigkeit für alle im Nahen Osten

Erneut hält der Krieg die Menschen im Nahen Osten und weltweit in Bann. Der Angriff der USA und Israels auf den Iran und iranische Gegenschläge auf zahlreiche andere Staaten der Region drohen in einen kriegesischen Flächenbrand mit unabsehbaren Folgen auszuarten. Wir Bischöfe schließen uns den mahnenden Worten von Papst Leo XIV., der katholischen Patriarchen und Bischöfe in der Region und den vielen weiteren Stimmen an, die ein sofortiges Ende der Kampfhandlungen fordern. Der Krieg hat bereits jetzt tausende Menschenleben und noch viel mehr Verwundete und Vertriebene gefordert.

Österreichische Bischofskonferenz

*Presseerklärungen zur Frühjahrsvollversammlung der
Österreichischen Bischofskonferenz vom 9. - 12. März 2026
in St. Johann b. Herberstein/Steiermark*

Das medial vermittelte Bild vom Krieg ist meist trügerisch. Zu sehen sind Bilder von Kampffjets und Raketen, wuchtigen Einschlägen und Rauchsäulen. Was die Bilder uns nicht zeigen, sind die Opfer – die Toten, Schwerverwundeten und Versehrten, die Verzweifelten und Geflüchteten, die alles verloren haben. Krieg allein ist keine Lösung und kann keine Demokratie herstellen, sondern er legt meist die Saat für noch größeren Hass und neue Gewalt. Demgegenüber sei festgehalten: Alle Menschen im Nahen Osten haben ein Recht auf ein Leben in Frieden, Freiheit, Sicherheit, Gerechtigkeit und in Achtung ihrer unveräußerlichen Würde. Der Weg dorthin ist möglich, jeder Krieg hingegen ein schwerer Rückschlag.

Unser Mitgefühl und unsere Gebete sind bei den unfassbar vielen Opfern und ihren Angehörigen der friedlichen Demonstrationen zum Jahresbeginn im Iran. Unsere Nähe und unser Gebet gilt den zivilen Opfern und ihren Angehörigen der aktuellen Kampfhandlungen im Iran, in Israel, in den Golfstaaten, im Libanon, im Irak und in anderen vom Krieg betroffenen Ländern. Unser Mitgefühl gilt den Hunderttausenden, die ihr Zuhause verlassen und fliehen mussten oder die in den Luftschutzkellern ausharren. Wir sind zudem in Gedanken bei all jenen, die nicht einmal diese Schutzmöglichkeiten haben.

Unsere Sorge als Bischöfe gilt in besonderer Weise den christlichen Gemeinschaften in den vom Krieg betroffenen Ländern. Wir sind in Gedanken und im Gebet bei der kleinen christlichen Minderheit im Iran. In Konflikten und Kriegen sind es immer die Minderheiten, die zuerst unter die Räder kommen. Die Warnungen der katholischen Nahost-Patriarchen und Bischöfe vor einem weiteren Exodus der Christen aus ihrer Heimat sind sehr ernst. Das betrifft etwa die letzten verbliebenen Christen im Irak, die palästinensischen Christen im Westjordanland, die immer öfter Opfer von Gewalt jüdischer Siedler werden, oder die Christen im Süden des Libanon. Christliches Leben, das seit der Urkirche über zwei Jahrtausende bestanden hat, droht gänzlich zu verschwinden.

Wir Bischöfe fordern die politisch und militärisch Verantwortlichen auf, den Hilfswerken der Vereinten Nationen und allen anderen humanitären Werken uneingeschränkt Zugang zu den Menschen in Not zu gewähren und das Völkerrecht zu achten. Mit höchster Besorgnis müssen wir eine weitere Erosion des Völkerrechts feststellen, weil militärisch

Mächtige es immer weniger achten. An die Stelle des Rechts tritt immer öfter das Recht des Stärkeren. Eine auf Gewalt basierende Weltordnung kann aber niemals eine stabile und schon gar keine gerechte und friedliche Ordnung schaffen. Mit den Päpsten sind wir zutiefst davon überzeugt, dass es zum Völkerrecht, zur Arbeit internationaler Organisationen und zur Diplomatie - bei aller berechtigten Kritik in konkreten Fällen - keine Alternative gibt.

Schon jetzt danken wir Bischöfe der österreichischen Bundesregierung für alle Bemühungen auf bilateraler oder multilateraler Ebene, um der Gewalt im Nahen Osten ein Ende zu setzen. Dazu gehört neben den diplomatischen Mitteln auch die Ausweitung der humanitären Hilfe. Es gibt eine Reihe von heimischen Hilfsorganisationen, die gut im Nahen Osten etabliert sind und über ihre Netzwerke professionell, rasch, zielgerichtet und vertrauenswürdig helfen und Hilfe zur Selbsthilfe ermöglichen. Jede Spende dafür hilft den Menschen in Not. Inständig bitten wir alle um das beharrliche Gebet und Fasten für den Frieden.

3. Wo Kinder willkommen sind, wächst Zukunft

Die kalte Jahreszeit neigt sich dem Ende zu, doch ein anderer Winter hält an: der demografische Winter, der auch Österreich erfasst hat. Immer weniger Kinder werden geboren, während die Bevölkerung gleichzeitig älter wird. 2025 gab es 75.718 Geburten bei 86.766 Todesfällen, sodass die Geburtenbilanz bereits zum sechsten Mal in Folge negativ ausfiel. Auch die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau liegt mit derzeit 1,29 Kindern auf einem Rekordtief und deutlich unter jenem Niveau, das für eine stabile Bevölkerungsentwicklung notwendig wäre.

Viele junge Menschen wünschen sich Kinder und Familie, verwirklichen diesen Wunsch jedoch nicht oder erst sehr spät. Wirtschaftliche Unsicherheiten, hohe Wohnkosten, lange Ausbildungszeiten, instabile Partnerschaften oder berufliche Sorgen führen dazu, dass Einschränkungen durch Elternschaft stärker wahrgenommen werden als das erhoffte

Österreichische Bischofskonferenz

*Presseerklärungen zur Frühjahrsvollversammlung der
Österreichischen Bischofskonferenz vom 9. - 12. März 2026
in St. Johann b. Herberstein/Steiermark*

Glück. Oft wird daher die Familiengründung auf ein „Später“ verschoben, das dann bei vielen nie kommt oder den gewünschten Kindersegen unerfüllt lässt. Daneben gibt es das Leid jener, die ungewollt kinderlos sind.

Die Folgen dieser Entwicklung sind enorm: Arbeitskräfte werden knapper, Regionen verändern sich, und auch Fragen der Alterssicherung, Staatsfinanzen, Stadt-Land-Entwicklung und Sicherheit sowie Gesundheits- und Pflegesysteme sind davon immer mehr betroffen. Einsamkeit wird zu einem Massenphänomen. Umso mehr ist die Politik gefordert, diese Entwicklungen klar zu sehen und Rahmenbedingungen zu schaffen, die jungen Menschen Mut und Vertrauen geben: etwa durch leistbaren Wohnraum, Ausbau hochwertiger Kinderbetreuung sowie eine stärkere Beteiligung der Väter an der Sorgearbeit. Auch die Verdeutlichung, dass Fruchtbarkeit nicht unbegrenzt verfügbar ist, gehört dazu. Vor allem soll Familienpolitik zur Elternschaft ermutigen und vermitteln, dass Kinder Lebenssinn stiften und Hoffnung für die eigene und gesellschaftliche Zukunft schenken.

Auch die katholische Kirche in Österreich sieht sich hier in einer Verantwortung. Ehe, Familie und Kinder gehören zum Kern ihres Auftrags. In der Familie lernen Menschen Verlässlichkeit, Fürsorge und gegenseitige Umsicht; hier erfahren Kinder Annahme und Liebe, entwickeln Vertrauen und wachsen zu verantwortungs- und beziehungsfähigen Menschen heran. Eine Gesellschaft, die offen ist für Kinder, stärkt die Solidarität zwischen den Generationen und das Vertrauen in das gemeinsame Morgen.

Die Kirche kann dabei auf viele Initiativen und Einrichtungen bauen: Beratung und Begleitung für Paare und Familien bieten zahlreiche kirchliche Beratungsstellen, der Katholische Familienverband setzt sich als größte parteiunabhängige Familienorganisation für die Interessen der Familien ein und die Caritas unterstützt Familien in schwierigen Situationen. Katholische Kindergärten, Schulen und Familienbildungsangebote tragen wesentlich zu einer familienfreundlichen Infrastruktur bei. Die Kirche setzt sich für Würde und Wert jedes Menschen ein – egal, woher er kommt, wie gut situiert er ist, ob ungeboren oder alt und einsam. Dazu gehört auch die Unterstützung von Schwangeren in Konfliktsituationen. Jeder Mensch ist Ebenbild Gottes, jedes Kind sein Geschenk.

Wir Bischöfe ermutigen alle Pfarren und katholische Einrichtungen dazu, Orte zu sein, wo Ehen gefördert werden und Familien mit Kindern sich willkommen fühlen. Kinderfreundliche Gottesdienste, Begegnungsräume für Eltern und Kinder sowie familienorientierte Angebote sollen selbstverständlich zum Leben unserer Gemeinden gehören. Auch braucht es noch mehr Initiativen gegen Einsamkeit und Angebote, die Menschen zusammenbringen. Wo Kinder willkommen sind und Familien Rückhalt erfahren, wächst nicht nur persönliches Glück und Lebenssinn, sondern auch Hoffnung auf ein gesellschaftliches Leben im Miteinander und füreinander.

4. Armut bekämpfen in Österreich und im Ausland

Geordnete öffentliche Finanzen, die zukünftige Generationen nicht ungerecht belasten, sind dem Gemeinwohl geschuldet und Ausdruck einer verantwortungsvollen Politik. Vor diesem Anspruch steht die gegenwärtige Regierung, dem sie in sozial-gerechter Weise und vor dem Hintergrund des laufenden EU-Defizitverfahrens entsprechen muss. Es gehört zur politischen Erfolgsgeschichte Österreichs in der Zweiten Republik, dass die maßgeblichen Kräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bei wichtigen Entscheidungen und nötigen Veränderungen auf Kooperation und Kompromiss gesetzt haben. Dies entspricht auch den Grundprinzipien der katholischen Soziallehre.

Aus christlicher Perspektive muss ein wichtiges Ziel von Politik bleiben, Armut zu verringern und den Druck auf Bedürftige nicht weiter zu erhöhen. Bei allen Entscheidungen im Rahmen der Budgetkonsolidierung ist daher immer zu fragen, wie sie sich auf Menschen in Armut auswirken. Gemeinsam mit der Caritas und zahlreichen kirchlichen Sozialorganisationen plädieren die Bischöfe dafür, dass die derzeit anstehende Reform der Sozialhilfe im Ergebnis zu einem Sicherheitsnetz führt, das Bedürftigen die Existenz sichert, Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht und zur Selbsthilfe befähigt.

Es ist eine christliche Grundüberzeugung, dass wir eine Menschheitsfamilie bilden und daher durch Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe den Ärmsten in der Welt beistehen müssen. Die geplante Kürzung staatlicher Mittel im Bereich der Entwicklungshilfe verfolgen die Bischöfe mit großer Sorge. Das Zusammenwirken von kirchlichen Hilfswerken und öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit ist eine langjährige Erfolgsgeschichte. Gemeinsam wurde viel erreicht: bei der Eindämmung von Hunger und Mangelernährung, beim Zugang zu Bildung und Gesundheit, bei der Verbesserung von Trinkwasserversorgung und landwirtschaftlicher Produktion. Wir Bischöfe plädieren daher dafür, bei notwendigen Budgeteinsparungen maßvoll vorzugehen, um bewährte und international anerkannte Strukturen und Programme nicht nachhaltig zu beschädigen.

5. Religionsunterricht in Gegenwart und Zukunft

In Österreich sind 16 Kirchen und Religionsgesellschaften gesetzlich anerkannt, denen damit auch das Recht auf Erteilung des Religionsunterrichts gewährt wird. Diese Regelung ist Ausdruck der Kooperation von Staat und Kirche, die von der Österreichischen Bischofskonferenz sehr begrüßt wird. Aufgrund der Religionsfreiheit besteht auch die Möglichkeit, sich von diesem Pflichtfach abzumelden. In der Sekundarstufe II wurde vor einigen Jahren das Alternativpflichtfach „Ethik“ eingeführt, um allen Schülerinnen und Schülern, die keinen Religionsunterricht besuchen, Bildung auch in diesem Bereich zu ermöglichen. Die aktuelle Statistik belegt eine konstant hohe Akzeptanz des Religionsunterrichts: Mehr als 90 Prozent der katholischen Schülerinnen und Schüler besuchen den Religionsunterricht, knapp 40.000 melden sich zum Freifach Religion an, obwohl sie keiner Religionsgemeinschaft angehören.

Die Gesellschaft wird vor unseren Augen immer vielfältiger, die Zeiten verändern sich. Das bedeutet unter anderem, dass der Schule und den einzelnen Unterrichtsfächern unterschiedliche und auch neue Aufgaben zuwachsen. All das hat Auswirkungen auf den konfessionellen Religionsunterricht, der vom Gesetz garantiert wird. Schon seit Jahren sind daher die Bildungsverantwortlichen aller Kirchen und Religionsgesellschaften im

Austausch, um Modelle zu entwickeln, die die Administration des Religionsunterrichts erleichtern sollen, die vor allem in städtischen Bereichen herausfordernd ist.

Vor diesem Hintergrund hat die Bischofskonferenz 2024 die Konferenz der Schulamtsleiterinnen und -leiter der österreichischen Diözesen beauftragt, ein Positionspapier zu erarbeiten, das einerseits die Bedeutung des konfessionellen Religionsunterrichts unterstreicht, andererseits aber auch Möglichkeiten der Kooperation innerhalb des gesetzlichen Rahmens aufzeigt. Die Bischofskonferenz hat kürzlich dieses Positionspapier gutgeheißen, das in Folge veröffentlicht wird.

Darin wird deutlich: Der Religionsunterricht an den österreichischen Schulen ist wichtiger Bestandteil ganzheitlicher Bildung. In seiner konfessionellen Ausprägung ist er ein Zukunftsmodell religiöser Bildung, da in ihm Unterschiede nicht nivelliert werden, sondern Identität klar benannt wird. Gerade in einer diversen Gesellschaft, in der es darum geht, das Miteinander zu leben, ist er als Lernort für Pluralität unverzichtbar. Die konfessionelle Ausformung des Religionsunterrichts ist zudem zeugnishaft: Auch die Lehrperson macht aus ihrem Standpunkt kein Geheimnis.

Da die Kirchen und Religionsgesellschaften für die inhaltliche Ausgestaltung des Unterrichts zuständig sind, gibt es viele Möglichkeiten, standortspezifische Kooperationen an Schulen zu fördern und zu organisieren. Darüber sind die kirchlichen Bildungsverantwortlichen auch mit dem Bildungsministerium im Austausch.

Wir Bischöfe danken allen, die sich in der Schuladministration für den Religionsunterricht einsetzen. Dank gilt den mehr als 7.000 Lehrpersonen für ihr Engagement, jungen Menschen in den Schulen mit den Schätzen unseres katholischen Glaubens vertraut zu machen. Ihr Einsatz für die Feierkultur oder bei krisenhaften Ereignissen an Schulen wird vielfach auch von den Partnern der Schulgemeinschaft wertgeschätzt.

6. Zuständigkeiten in der Bischofskonferenz

Den Statuten folgend wurden bei der Frühjahrsvollversammlung der Bischofskonferenz die inhaltlichen Zuständigkeiten der Bischöfe für die nächsten fünf Jahre durch Wahl festgelegt und auch neu geordnet. Die wichtigste Änderung betrifft die Schaffung von drei neuen „Bischöflichen Kommissionen“ für die Bereiche „Pastoral und Liturgie“, „Gesellschaft und Soziales“ sowie „Ökumene und Weltkirche“. Mitglieder dieser Kommissionen sind jene Bischöfe, die für die jeweiligen sachverwandten Referate und Teilbereiche zuständig sind. Mit der Schaffung dieser drei neuen Kommissionen soll die fachbereichsübergreifende Zusammenarbeit gestärkt werden.

Die wichtigsten Änderungen bei der Zuteilung der Referate sind, dass Erzbischof Franz Lackner jetzt auch für Medien zuständig ist. Diözesanbischof Manfred Scheuer ist für den Bereich Weltkirche verantwortlich und Diözesanbischof Ägidius Zsifkovics für Ökumene. Militärbischof Werner Freistetter wurde mit dem Europa-Referat betraut. Für das neu geschaffene Referat „Gesellschaftliches Engagement“, zu dem auch die Laienorganisationen gehören, ist jetzt Diözesanbischof Hermann Glettler zuständig. Weihbischof Stephan Turnovszky übernimmt das Referat „Beziehung, Ehe und Familie“ und Weihbischof Johannes Freitag ist für die Kinder- und Jugendseelsorge verantwortlich.

Im Detail sind die Verantwortungsbereiche wie folgt beschlossen worden:

REFERATE

Erzbischof Franz Lackner

- **Medien** (Kathpress; Medienreferat der Bischofskonferenz; Katholische Medienakademie)
- **Universitäten und Theologische Fakultäten und Hochschulen** (Kontaktkomitee; Theologische Kommission; Hochschulwochen)

Österreichische Bischofskonferenz

*Presseerklärungen zur Frühjahrsvollversammlung der
Österreichischen Bischofskonferenz vom 9. - 12. März 2026
in St. Johann b. Herberstein/Steiermark*

Diözesanbischof Manfred Scheuer

- **Weltkirche** (Koordinierungsstelle für Internationale Zusammenarbeit und Weltkirche/KOO; Missio Austria; Pro Europa; Missions- Verkehrs- Arbeitsgemeinschaft/MIVA; Dreikönigsaktion/DKA; Kirche in Not, Horizont 3000; Mission und Entwicklung)
- Mauthausen Komitee
- Pro Scientia

Diözesanbischof Alois Schwarz

- Wirtschaft und Landwirtschaft
- Kirche und Sport

Diözesanbischof Ägidius J. Zsifkovics

- **Ökumene** (Ökumene-Kommission; Gemischte Kommission; Ökumenischer Rat der Kirchen in Österreich/ÖRKÖ); Ökumenischer Studienfonds)
- Kontakt zum Judentum

Diözesanbischof Benno Elbs

- **Caritas** (Caritas Österreich; Konferenz der Caritasdirektoren, Flucht, Migration und Integration)

Militärbischof Werner Freistetter

- **Europa** (COMECE)
- **Weltreligionen** (Kommission für Weltreligionen)
- Polizeiseelsorge/Rettungsorganisationen

Österreichische Bischofskonferenz

*Presseerklärungen zur Frühjahrsvollversammlung der
Österreichischen Bischofskonferenz vom 9. - 12. März 2026
in St. Johann b. Herberstein/Steiermark*

Diözesanbischof Wilhelm Krautwaschl

- **Bildung und Schule** (Religionsunterricht; Katholische Schulen, Kirchliche Pädagogische Hochschulen; Erwachsenenbildung; Sozialpädagogik; Horte und Internate; Katholische Kindergärten/Elementarpädagogik; Horte und Internate; IKF, SALK)
- Bibliothekswerk
- Allianz für den freien Sonntag
- Beirat Opferschutz

Diözesanbischof Hermann Glettler

- **Gesellschaftliches Engagement** (Katholische Aktion Österreich/KAÖ mit ihren Gliederungen KABÖ/Arbeitnehmer, KAVÖ/Akademiker, KFBÖ/Frauen, KMBÖ/Männer; Katholischer Laienrat Österreichs/KLRÖ; Arbeitsgemeinschaft Katholischer Verbände/AKV; Mittelschülerkartellverband/MKV; Lebensschutz; Institut für Medizinische Anthropologie und Bioethik/IMABE; Pax Christi Österreich; Katholische Sozialakademie Österreichs/KSÖ; Ökologie und ARGE Diözesane Umweltbeauftragte)
- **Kunst und Kultur** (Denkmalschutzkommission; Kirchliche Museen; Kulturinitiativen)

Diözesanbischof Josef Marketz

- **Seelsorge und Evangelisierung** (Österreichisches Pastoralinstitut/ÖPI; Pastoralkommission Österreichs/PKÖ; ARGE der österreichischen Pastoral- und Seelsorgeämter; Digital Church; Pfarrgemeinderäte/PGRÖ)

Österreichische Bischofskonferenz

*Presseerklärungen zur Frühjahrsvollversammlung der
Österreichischen Bischofskonferenz vom 9. - 12. März 2026
in St. Johann b. Herberstein/Steiermark*

Weihbischof Anton Leichtfried

- **Liturgie** (Österreichisches Liturgisches Institut; Liturgische Kommission Österreichs; Österreichische Kirchenmusikkommission; Ständige Kommission liturgischer Bücher, ARGE Gebetsgesangsbuch)
- **Geistliche Berufe und kirchliche Dienste** (ARGE der Priesterräte; ARGE Sprecher der Ständige Diakone, Konferenz Pastorale Berufe/ÖKoPB; Propädeutikum; Berufsbegleitende Pastorale Ausbildung Österreich/BPAÖ, Priesterseminare; Theologiestudierende/ASTÖ; KSA-Ö)
- Österreichisches Katholisches Bibelwerk
- Institut Fernkurs für theologische Bildung

Weihbischof Franz Scharl

- Nationaldirektion Anderssprachige Pastoral
- Roma, Sinti und Jenische
- Verfolgte Christen
- Kampf gegen Menschenhandel

Weihbischof Stephan Turnovszky

- **Beziehung, Ehe und Familie** (Institut für Ehe und Familie/IEF; Forum Beziehung, Ehe und Familie; Familienkommission; Katholischer Familienverband Österreichs)
- Religiöse Bewegungen (inkl. Charismatische Erneuerung)

Weihbischof Hansjörg Hofer

- Stiftung Opferschutz
- Berufungspastoral, Canisiuswerk
- Österreichische Mesnergemeinschaft und -Schule

Österreichische Bischofskonferenz

*Presseerklärungen zur Frühjahrsvollversammlung der
Österreichischen Bischofskonferenz vom 9. - 12. März 2026
in St. Johann b. Herberstein/Steiermark*

Weihbischof Johannes Freitag

- **Kinder- und Jugendseelsorge** (Jugendbischöfsrat; KJÖ/Jugend; KJSÖ/Jungschar; KHJÖ/Hochschuljugend; JAKOB; YouCat und YouCat-Produkte; Denk Dich Neu)

KOMMISSIONEN

Bischöfliche Kommission Pastoral und Liturgie: Diözesanbischof Josef Marketz (Referat Seelsorge und Evangelisierung), Weihbischof Anton Leichtfried (Referat Liturgie und Referat Geistliche Berufe und Kirchliche Dienste), Weihbischof Stephan Turnovszky (Referat Beziehung, Ehe und Familie), Weihbischof Johannes Freitag (Referat Kinder- und Jugendseelsorge), Militärbischof Werner Freistetter, Weihbischof Franz Scharl,

Bischöfliche Kommission Gesellschaft und Soziales: Erzbischof Franz Lackner (Referat Medien und Referat Universitäten und Theologische Fakultäten und Hochschulen), Diözesanbischof Benno Elbs (Referat Caritas), Diözesanbischof Wilhelm Krautwaschl (Referat Bildung und Schule), Diözesanbischof Hermann Glettler (Referat Gesellschaftliches Engagement und Referat Kunst und Kultur), Diözesanbischof Alois Schwarz, Diözesanbischof Manfred Scheuer

Bischöfliche Kommission Ökumene und Weltkirche zugleich **Bischöfliche Kommission für Weltmission:** Diözesanbischof Manfred Scheuer (Referat Weltkirche), Diözesanbischof Ägidius Zsifkovics (Referat Ökumene), Militärbischof Werner Freistetter (Referat Europa und Referat Weltreligionen)

Glaubenskommission der Österreichischen Bischofskonferenz: Erzbischof Franz Lackner (Vorsitz), Diözesanbischof Manfred Scheuer, Diözesanbischof Benno Elbs

Katechetische Kommission der Österreichischen Bischofskonferenz: Diözesanbischof Wilhelm Krautwaschl (Vorsitz), Abt Vinzenz Wohlwend, Weihbischof Franz Scharl, Weihbischof Hansjörg Hofer

*Presseerklärungen zur Frühjahrsvollversammlung der
Österreichischen Bischofskonferenz vom 9. - 12. März 2026
in St. Johann b. Herberstein/Steiermark*

Finanzkommission der Österreichischen Bischofskonferenz: Diözesanbischof Benno Elbs (Vorsitz), weitere Mitglieder gemäß Statut und Vereinbarungen

Kommission Bischofskonferenz-Ordensgemeinschaften: Abt Vinzenz Wohlwend, Diözesanbischof Hermann Glettler

Denkmalschutzkommission: Diözesanbischof Hermann Glettler

Beirat Opferschutz: Diözesanbischof Wilhelm Krautwaschl (Vorsitz)

Stiftung Opferschutz: Weihbischof Hansjörg Hofer (Vorsitz)